

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 20.09.2016
*öffentlich***

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:16 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer	Ausschussvorsitzender stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sylvia Plättner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Ab 16:20 Uhr Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Christian Deckert	Jugendhilfeplaner
Beate Erfurth	Referentin frühkindliche Planung
Uwe Weiske	Sozialplaner
Rene Lukas	Stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Christine Radig	amt. Fachbereichsleiterin
---------------------	---------------------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Kramer**, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass Herr Kramer um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.06.2016
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2016
4. Beratung zur Weiterarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII
-Thematik Bedarf Schulsozialarbeit an 2.IGS (§ 13 SGB VIII)
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
8. Mitteilungen
 - 8.1. Berichte aus den Sozialraumgruppen
 - 8.2. Übersicht der Fördermittelanträge 2017 ff
 - 8.3. Übersicht ESF-geförderte Projekte der Jugendhilfe in Halle (Schulerfolg sichern, JUSTiQ, RÜMSA)
 - 8.4. Themenausblick für zukünftige Sitzungen des UA Jugendhilfeplanung
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschriften**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 14.06.2016**

Die Niederschrift vom 14.06.2016 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 3.2 **Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2016**

Die Niederschrift vom 18.08.2016 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 **Beratung zur Weiterarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII -Thematik Bedarf Schulsozialarbeit an 2.IGS (§ 13 SGB VIII)**

Herr Deckert erläuterte, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Schule den Bedarf der Schulsozialarbeit an der 2. IGS prüft. Die Bedarfsermittlung soll bis zum ersten Halbjahr 2017 erfolgen.

Frau Haupt fragte, ob ein entsprechender Antrag gestellt wurde und ob die Schule selbst einen Antrag stellen kann.

Herr Deckert erklärte, dass bislang ein Träger einen Antrag gestellt hat. Die Schule an sich kann keinen Antrag stellen, dies muss durch einen freien Träger der Jugendhilfe erfolgen.

Frau Köferstein erkundigte sich, nach der Antragsbegründung der Schule.

Herr Kramer informierte, dass es derzeit um Verwaltungshandeln in Bezug auf die Jugendhilfeplanung und die Bedarfsermittlung geht. Fördermittel werden zu einem späteren Zeitpunkt besprochen.

Herr Hopfgarten wies darauf hin, dass der vorgeschlagene Termin der Verwaltung zur Umsetzung des Sachverhaltes einer Schule mit zwei Klassenstufen, zweckmäßig ist.

Frau Köferstein äußerte, der Termin zur Umsetzung wäre zu spät.

Herr Kramer schilderte daraufhin, dass der Verlauf noch nicht ergebnisorientiert ist. Er betonte, dass sich das Verwaltungshandeln aus der Jugendhilfeplanung ergibt und die derzeitige Prüfung zur Realisierung des Bedarfsergebnisses vorrangig ist.

Frau Köferstein regt an zu prüfen, ob ein früherer Termin möglich wäre.

Frau Haupt empfahl, den Antrag zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren.

Herr Kramer unterbreite den Vorschlag, die Verwaltung sollte im Zuge der Bedarfsermittlung den UA Jugendhilfeplanung umfassend informieren.

Herr Kramer formulierte im Namen der Ausschussmitglieder dies als Anregung.

Der Unterausschuss regt an, dem Bedarf einer Schulsozialarbeiterstelle an der 2 IGS, im Zuge der Fördermittelvergabe ab dem Jahr 2017, festzustellen und diesen im Unterausschuss zu thematisieren.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung vor.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Berichte aus den Sozialraumgruppen**

Herr Kramer fragte die Mitglieder des Ausschusses wie die Vorgehensweise der Informationen zu den einzelnen Berichten erfolgen soll.

Frau Ranft äußerte sich, sie habe allgemeine Fragen zum Bericht.

Frau Ranft bat um Erläuterung, warum nicht direkt auf Zielgruppen wie z.B. Schulverweigerer oder gewaltbereite Jugendliche eingegangen wurde.

Herr Deckert informierte, die Grundlage für die Schwerpunktsetzung der einzelnen Sozialräume ist die bestehende Jugendhilfeplanung.

Herr Kramer teilte mit, dass die Jugendpfleger die Schwerpunkte dargelegt und zusammengefasst haben, um somit zielorientiert alle Arbeitsbereiche der Kinder und Jugendarbeit abzudecken.

Frau Ranft fragte, ob sich der Begriff Sozialraum bzw. Sozialraummanager ändert.

Herr Deckert antwortete, dass es im Planungsverfahren und Arbeitsverfahren so allgemein üblich ist und so bestehen bleibt. Er meinte, es gibt keine Änderung.

Herr Weiske ergänzte, dass es derzeit keine Bestätigung gibt, ob die Sozialräume zukunftsfristig so bestehen bleiben.

Frau Wiesner fragte, ob es konkrete Aufgaben betreffend der Handlungsfelder und Handlungsziele gibt.

Herr Planke berichtete, dass die Träger die strategischen Ziele und Handlungsfelder als Anregung angenommen haben, um Ihre konkreten Leistungen und Angebote zu beantragen.

Herr Deckert informierte, dass man es in der Übersicht der Prioritätenliste erlesen kann.

Frau Plättner erkundigte sich nach den Sozialraumanalysen.

Herr Deckert teilte mit, dass es im Vorfeld der Beschlussvorlage eine detaillierte Behandlung der Ziele und Handlungsfelder geben wird. Die Verwaltung wird auf Grund dieser Sache einen Förderungsvorschlag unterbreiten.

Zu den Berichten der Sozialräume 3, 4 und 5 gab es keine Nachfragen.

Herr Kramer fragte, wie die Verfahrensweisen im Bereich Sozialraumübergreifend von Zielen und Handlungsfeldern ist.

Herr Deckert schilderte, dass es für den gesamten Stadtbereich im Jugendhilfeteilplan eine Prioritätenliste gibt. Er beschrieb, dass diese Prioritäten gesamtstädtisch gelten und somit auch für die Kategorie Sozialraumübergreifend.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.2 Übersicht der Fördermittelanträge 2017 ff

Herr Deckert informierte umfangreich über die Fördermittelanträge für 2017. Schwerpunktmäßig ging er auf die Fördermittelanträge und den Fördermittelzeitraum ein.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Kramer rief zur Behandlung des Sozialraumes 1 auf.

Frau Plättner empfahl, in der Übersicht der Gesamtvorlage das Jahr 2016 mitaufzuführen. Des Weiteren wollte sie wissen, wie die Verwaltung im Bereich der dreijährigen Finanzierung mit neuen Projekten umgeht.

Herr Kramer übermittelte, derzeit wäre nur die Beantragung in der Übersicht zu den Fördermitteln ersichtlich.

Herr Deckert gab zur Kenntnis, dass das Jahr 2016 in der eigentlichen Vorlage aufgeführt wird.

Frau Dr. Schöps fragte, nach der Begründung des Verein IRES eV Regenbogenzentrum für erhöhte Förderung im Antrag.

Herr Kramer erklärte, dass es derzeit nur eine Auflistung der eingegangenen Anträge gibt.

Herr Deckert informierte, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung nicht für die Fördermittelvorlage zuständig ist. Eine Behandlung wird im Jugendhilfeausschuss November erfolgen.

Zum Sozialraum 1 gab es keine Nachfragen.

Bezugnehmend zum Sozialraum 2 fragte **Frau Plättner**, warum ein Träger der sich in Insolvenz befindet, noch Fördermittel bekommt.

Herr Deckert berichtete, es gibt auf förderrechtlicher Basis eine Absicherung zur Insolvenzanmeldung. Diese wird im Zuge der Vorlage im JHA berücksichtigt.

Frau Ranft verwies auf einen Trägerwechsel in Halle Neustadt der mit seiner Beantragung auf Fördermittel unter dem Aspekt des Vorbehaltes behandelt wurde. Sie regte an, den Aspekt in die dazugehörige Beschlussvorlage aufzunehmen.

Herr Deckert legte dar, dass es einen Passus als Vorsorge in der Beschlussvorlage gibt.

Herr Kramer plädierte, dass sich die Mitglieder darüber auseinandersetzen sollten, welche inhaltlichen Aspekte der Sozialraum 3 in Bezugnahme des Umganges der Fördermittel beinhaltet.

Herr Deckert verwies diesbezüglich, auf die Hilfestellung zur Beschlussfassung im Jugendhilfeteilplan.

Die Nachfrage **von Frau Haupt**, ob die Volkssolidarität schon immer im Sozialraum 3 vorhanden war, bejahte Herr Deckert.

Zu den Sozialräumen 4 und 5 gab es keine Nachfragen.

Bezugnehmend zum übergreifenden Sozialraum, wies **Herr Deckert** darauf hin, dass für die 2. IGS ein Antrag für ein Jahr aufgenommen ist. Dies ist unter der laufenden Nummer 44 ersichtlich.

Frau Haupt fragte nach, warum nur ein Jahr.

Herr Deckert machte deutlich, dass neue Projekte nach der Förderrichtlinie erstmal für ein Jahr begünstigt werden.

Herr Kramer verwies auf die Gesamtantragssumme und wollte wissen warum in den Jahren Abweichungen entstehen.

Herr Deckert antwortete, dass es für das Jahr 2017 derzeit zwei Beispiele der Antragsstellung gibt. Für 2018 und 2019 fallen die beantragten Stellen somit weg.

Herr Kramer betonte, es soll darüber nachgedacht werden, ob bei einer dreijährigen Förderung noch eine Steigerung zu verzeichnen ist.

Frau Haupt regte an, dass die Verwaltung den Ausschuss bei der Befürwortung einer Bewilligung von drei Jahren informiert.

Sie fragte, wie flexibel ist die Verwaltung hinsichtlich zum finanziellen Aspekt bei einer dreijährigen Bewilligung.

Herr Deckert verdeutlichte, dass mit Stadtratsbeschluss zum Jugendhilfeteilplan beschlossen wurde, die einzelnen Finanzierungspunkte sicherzustellen.

Herr Deckert ergänzte dass nach dem § 80 SGB VIII Vorsorge zu treffen ist, um ein unvorhergesehener Bedarf zu befriedigen.

Frau Haupt fragte, wie die Verwaltung das Problem der in Zukunft steigenden Pflichtaufgaben in der Jugendhilfe lösen möchte.

Herr Deckert wies darauf hin, dass die Jugendhilfeplanung die Beschlussaufgabe der Finanzierungssicherstellung von Pflichtaufgaben von 2016 bis 2019 hat.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Übersicht der Förderungsanträge 2017.

zu 8.3 Übersicht ESF-geförderte Projekte der Jugendhilfe in Halle (Schulerfolg sichern, JUSTiQ, RÜMSA)

Herr Kärstner stellte den Bericht zum Jugendstärken im Quartier vor.

Er informierte über das Bundesprojekt mit der Zielgruppe von Jugendlichen von 12 Jahren bis 27 Jahren. Das Ziel ist die Wiedereingliederung von Jugendlichen in soziale Maßnahmen.

Frau Ranft wollte wissen, ob es positive Erfahrungen hinsichtlich der Integrierung gibt.

Herr Kärstner teilte mit, dass derzeit 200 Jugendliche an Projekten teilnehmen und es diesbezüglich eine 50 % Erfolgsquote im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen gibt.

Anhand einer Präsentation informierte **Herr Deckert** zur Netzwerkstelle Schulerfolg für Halle (Saale)

Frau Dr. Schöps fragte, wie die Schulsozialarbeiter die Zusammenarbeit mit der Netzwerkstelle einschätzen.

Herr Deckert wies auf eine schriftliche Beantwortung hin.

Frau Köferstein bezog sich auf die 5 bildungsbezogenen Angebote aus dem letzten Jahr und fragte, ob sich diese auf die letzten Monate beziehen.

Herr Kramer erklärte, dass sich diese auf das Jahr 2015 beziehen.

Herr Deckert gab im diesem Zusammenhang bekannt, dass gemäß der Fördermittelvergabe alle Fixkosten mit 3000,- Euro pro Monat finanziert werden müssen.

Frau Köferstein teilte mit, dass das Landesverwaltungsamt in den Schulferien die „ häufig gestellten Fragen“ herausgegeben hat und diese widersprüchlich sein. Sie verdeutlichte dies an Beispielen wie die Abrechnung der Arbeitszeit bei Fortbildungen und die Verantwortlichkeit der Supervisionen bei der Netzwerkstelle.

Sie wollte wissen, warum so wenige Anträge unter dem Aspekt der bildungsbezogenen Angebote vorhanden sind.

Herr Kramer fragte, wie dieser Sachverhalt beantwortet werden soll.

Frau Köferstein, meinte, dass die Netzwerkstelle unter der Berücksichtigung der ständigen Kommunikation mit den Schulsozialarbeitern eine Rückmeldung über die Anzahl der wenigen Anträge erhalten sollte.

Herr Kramer unterbreitete den Vorschlag, die Netzwerkstelle in den Unterausschuss zur Berichterstattung einzuladen oder eine schriftliche Anfrage an die Verwaltung zustellen.

Herr Deckert schlug im Zuge der Berichterstattung vor, den Punkt bildungsbezogene Angebote im Zusammenhang mit der Förderrichtlinie nochmalig aufzunehmen.

Herr Kramer stellte fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen zum Thema Netzwerkstelle gab.

Herr Kramer eröffnete den Bericht RÜMSA.

Herr Deckert stellte den Bericht Regionales Übergangsmanagement Sachsen – Anhalt vor.

Anhand einer Präsentation informierte er über die Ziele zum RÜMSA.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.4 Themenausblick für zukünftige Sitzungen des UA Jugendhilfeplanung

Herr Kramer teilte mit, dass im nächsten Ausschuss über den Qualitätszirkel XI diskutiert wird.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Köferstein fragte, zur der Anzahl von Anträgen für Bildungsbezogene Angebote

Frau Köferstein stellte die Anfrage zur Beantwortung an die Netzwerkstelle und bat um eine anschauliche Übersicht über die Beantragung der bildungsbezogenen Angebote. Des Weiteren verlangte sie eine Rückmeldung über die Anzahl der Anträge.

Herr Deckert sicherte eine Beantwortung zum Sachverhalt zu.

zu 10 Anregungen

Frau Ranft regt an, dass sich die Verwaltung bezüglich der Warteliste im Hort Franke und Am Kirchteich informiert.

Frau Erfurt erklärte, dass eine Beantwortung zum nächsten Jugendhilfeausschuss erfolgen wird.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

Rene Lukas
stellv. Protokollführer